

Die Rolle von SPD und CDU/CSU in der Gazprom-Affäre¹

Horst Küsters, SPD Köln Dellbrück

Einleitung

Der russische Überfall auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 deckte schonungslos auf, dass Deutschland, die größte Industrienation Europas, in den letzten Jahrzehnten einer beispiellosen Illusion aufgesessen war. Die Hoffnung auf einen „Wandel durch Handel“ sowie der parteiübergreifende Glaube, mit Russland sei die Schaffung einer dauerhaften Sicherheitsarchitektur möglich, musste der bitteren Erkenntnis weichen, dass Deutschland keine Sonderrolle in den Beziehungen zu Russland spielt, wie viele Politiker, insbesondere sozialdemokratische, geglaubt hatten. Offensichtlich hat Deutschlands politische Elite zu lange an die vom Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, gemachten Versprechungen geglaubt „Das russische Herz ist weit für eine vollwertige Partnerschaft geöffnet“² obwohl es alarmierende Anzeichen dafür gab, dass Russland bereits unter den Vorgängern Putins versucht hatte, kleinere Sowjetrepubliken und Völkerschaften, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in die Unabhängigkeit entlassen werden wollten, gewaltsam daran zu hindern³. Putin, der ehemalige KGB-Oberst und spätere Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, für den der Zerfall der Sowjetunion die „größte Tragödie des 20. Jahrhunderthunderts“ ist (!), hatte 1999, kaum zu Präsidenten ernannt, mit dem Sammeln russischer Erde⁴ begonnen, um seine Einflusszone unter dem Bruch des Völkerrechts auszuweiten.

Spätestens jedoch seit dem Frühjahr 2014 hätte es allen Akteuren klar sein müssen, dass der russische Autokrat in erster Linie daran interessiert war, die imperiale Größe Russlands wiederherzustellen, wozu ihm der Reichtum Russlands an natürlichen Ressourcen (Erdöl und Erdgas) die erforderlichen Mittel verschafften sollte. In seiner dritten Amtszeit schlug Putin eine aggressive Außenpolitik ein: Russland müsse, so hieß es, seinen Einfluss in der „russischen Welt“ wiederherstellen. Darunter verstand er ein Konzept, das er mit der

1 Hier geht es auch um die rot-grünen Koalitionen 1998-2002 und 2002-2005 und die Frage, inwieweit die Grünen im Gazprom-Deal involviert waren. Dazu habe ich bisher keine Quellen gefunden; ich vermute jedoch, dass infolge des Koch-Kellner-Prinzips der Kanzler die Gazprom-Angelegenheit als Chefsache an sich gezogen hat. HK

2 Rede Wladimir Putins vor dem Bundestag am 25.09.2001.

3 Angriffskriege Russlands: gegen die Republik Moldau – Abtrennung von Transnistrien 1990, 1. Tschetschenienkrieg (1994-1996), in dem Russland seine Ziele übrigens nicht erreicht hatte, sondern den freien Abzug seiner Truppen aus dem Land verhandeln musste, um eine totale Niederlage zu vermeiden (ein Hinweis für die Ukraine, aus der Geschichte zu lernen), Ab dem 2. Tschetschenienkrieg (1999-2009) war Putin Präsident und Oberbefehlshaber. Die UNO bezeichnete 2002 Grosny als die am schwersten zerstörte Stadt der Welt. Krieg gegen Georgien (2008) mit Abtrennung von Südossetien und Abchasien, 2014 Annexion der zur Ukraine gehörenden Krim, der Russland, die USA und Großbritannien die Sicherheit seiner Grenzen gegen die Herausgabe der nicht unbeträchtlichen Anzahl der in der Ukraine befindlichen sowjetischen Atomwaffen (1/3 des sowjetischen Atomwaffenarsenals) garantiert hatten; und die Abtrennung des Donbass ebenfalls 2014. Die Rede Putins auf der Sicherheitskonferenz 2007 benennt den tatsächlichen Grund für den Überfall auf die Ukraine: „Russland habe sich gegen die NATO-Osterweiterung verteidigen müssen.“ Dass ist ein Scheingrund, Russland ist nicht angegriffen worden und es gab keinen völkerrechtlichen Vertrag, der einer Erweiterung der NATO entgegenstand (Prof. Paulina Starski, Verfassungs- und Völkerrecht, Universität Freiburg). Die Staaten, die ehemals dem Warschauer Pakt angehörten, haben aufgrund ihrer Erfahrungen aus der Sowjetzeit der NATO gleichsam die Türen eingetreten. Das gilt insbesondere für die baltischen Staaten, die 1940 (Hitler-Stalin-Pakt) und ab 1945 (2. Eroberung) unter sowjetische Herrschaft fielen. HK.

4 Der Begriff wird in der russischen Geschichtsschreibung für die Eroberungen und Einverleibung der russischen Teilfürstentümer durch Iwan den Schrecklichen, der sich danach zum ersten Zaren Russlands krönen ließ. Der Beiname geht auf die Grausamkeiten während seiner Herrschaft zurück. HK

Verteidigung „traditioneller russischer Werte“ innerhalb der Grenzen der ehemaligen Sowjetunion verknüpfte.⁵ Letztendlich ist damit deutlich geworden, dass Putin die ehemaligen Sowjetrepubliken weiterhin als Bestandteile seines angestrebten Imperiums betrachtet. Als Hebel dazu dient ihm - neben vielfältigen Desinformationskampagnen⁶ - die Energieabhängigkeit der Industrien Europas von Russland, eine bewusst aufgestellte strategische Falle, in die Deutschland auch prompt hineingetappt ist. So lag bereits 2008 in Deutschland der Anteil am russischen Erdgas bei 44 und 2022 bei 55 Prozent⁷, da allem Anschein nach das von Helmut Schmidt 1974 verhängte Limit für den Bezug von ausländischen Energieträgern nicht mehr beachtet wurde.

Die Nordstream-Projekte

In den Medien wurde hinsichtlich der Energieabhängigkeit Deutschlands von Russland häufig nur auf die Rolle der SPD verwiesen. Tatsächlich jedoch spielten neben der SPD, deren Bundeskanzler Gerhard Schröder in den 2000er Jahren mit Wladimir Putin („ein lupenreiner Demokrat“) die Nordstream-Pipeline verabredet hatte, die CDU/CSU, deren Kanzlerin schließlich ab 2005 die Richtlinienkompetenz hatte, im Gas-Deal mit. Eine wichtige Rolle kam auch der deutschen Industrie zu. Die Verlegung von Pipelines durch die Ostsee war zwar bereits in den 1980er Jahren von der russischen Seite angedacht worden, doch so richtig an Fahrt nahm die Realisierung erst auf, als die deutschen Konzerne BASF (über die Tochter Wintershall) und EON/Ruhrgas⁸ auf Initiative des Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) in das Projekt einstiegen.

Nordstream 1 AG.

Die Abwahl Gerhard Schröders in 2005 änderte nichts an den Plänen, denn die neugewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) weitete das Projekt aus: Sie bezeichnete es als „das größte Infrastrukturprojekt unserer Zeit“. Die Pipeline verläuft als Doppelstrang von Wyborg (Russland) nach Lubmin (Greifswald). Gerhard Schröder nahm kurze Zeit später das Angebot Putins an, Aufsichtsratsvorsitzender der Betreibergesellschaft Nordstream 1 AG zu werden. Kritik an dem Projekt kam von den baltischen Staaten, von Finnland, Schweden und Dänemark sowie von Polen und der Ukraine, während die EU es als „Vorhaben von europäischem Interesse“ einstufte.

Die Akteure waren zufrieden: Die deutsche Industrie erhielt ab 2011 billiges russisches Gas,

Gazprom hatte langfristig sichere Einnahmen, Russland besaß ein wirksames Faustpfand und konnte bei unliebsamen Entwicklungen nicht nur den aus Moskauer Sicht notorisch

5 Zitiert nach Orlando Figes „Eine Geschichte Russlands“, S 387, Klett Cotta, 2022.

6 Desinformation durch Propagandasender wie z.B. RTR Planeta, Russia 24, TV Centre, RT DE (als Stichwortgeber für Querdenker usw.) und Destabilisierungskampagnen wie Hackerangriffe auf Bundesbehörden, Krankenhäuser und Industriebetriebe, finanzielle Unterstützung rechtsradikaler Parteien in Europa, usw.

7 Helmut Schmidt hatte aufgrund der Erfahrungen aus der Ölkrise (1973) in seiner Amtszeit (1974 – 1982) verfügt, dass aus einem Land höchstens 30% an Energieträgern bezogen werden dürfen. HK

8 Die Ruhrgas AG besaß das größte Gasnetz in Deutschland. Sie wurde von Klaus von Dohnany (SPD), damals Staatssekretär im BMWI gedrängt, dem Konsortium beizutreten („Ein Abschluss liegt im nationalen Interesse“). Trotz schwerster Bedenken der Monopolkommission erteilte das BMWI (Minister Werner Müller (SPD) 2002 die Ausnahmegenehmigung. Nach „Der Spiegel“, Nr. 26/25.06.2022)

unzuverlässigen Transitländern⁹, sondern erforderlichenfalls jetzt auch Deutschland gegenüber die Gaswaffe einsetzen. Die deutsche Politik machte sich keine Sorgen über die strategische Abhängigkeit, denn russisches Gas war ja allen Krisen zum Trotz stets nach Deutschland geliefert worden. Nicht zuletzt konnte Gerhard Schröder¹⁰ zufrieden sein, denn er spielte im deutsch-russischem Gasgeschäft eine wichtige Rolle, was m.E. seinem nach der Wahlniederlage gegen eine politische Newcomerin (Frau und dazu noch aus Ostdeutschland!) angeknacksten Ego sicherlich gut getan hat. Darüber hinaus erhielt er prestigeträchtige und überaus lukrative Posten in russischen Staatskonzernen. Deutschland jedoch war in eine existenziell bedrohliche Energieabhängigkeit von Russland gerutscht und schien dies noch nicht einmal zu bemerken¹¹.

Nordstream 2 AG

Das ebenfalls von Gerhard Schröder forcierte Projekt, es handelte sich dabei um einen zweiten, fast parallel zu Nordstream 1 verlaufende Doppelstrang von Ust Luga (Russland) nach Lubmin (Greifswald), war im September 2021 fast fertig. Deutschland unter Angela Merkel vertrat, um die Kritik der Anrainerstaaten und der USA und - dieses Mal auch der EU - ins Leere laufen zu lassen, die Ansicht, dass es sich hierbei um ein ökonomisches und kein politisches Projekt handele. Die Kritiker hatten sicherheitspolitische Gründe für ihre Ablehnung des Projekts angeführt und damit offensichtlich, im Gegensatz zu Deutschland, die richtigen Schlüsse aus der Annexion der Krim und den von Russland initiierten und unterstützten Kampfhandlungen im Donbass gezogen. In Deutschland sprach auch die neugewählte Ampelregierung unter Olaf Scholz noch im Dezember 2021 von „einem privatwirtschaftlichen Vorhaben, das unabhängig von den aktuellen Beziehungen zu Russland beurteilt werden müsse“. Das zeigt, wie gering von den Koalitionären, insbesondere jedoch von der SPD, die geradezu gefährliche Abhängigkeit von russischen Energieimporten selbst nach dem Zivilisationsbruch von 2014 als Bedrohung empfunden wurde. Erst vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Ukraine Konflikts hat die Bundesregierung die Inbetriebnahme von Nord- Nordstream 2 gestoppt.

Die Netzwerke

Die Investigativ-Plattform Correctiv¹² hat in ihrer Recherche zur Gazprom-Lobby aufgezeigt, „wie breit das Netzwerk um Gerhard Schröder, dem bekanntesten deutschen Lobbyisten für russisches Gas, und andere SPD-Spitzenpolitiker aufgestellt war. Es geht um Vereine, Veranstaltungen, Kongresse und Gesprächsrunden, die sich scheinbar nur um gute deutsch-

9 Dazu zählten u.a. in den 2000er Jahren die Preiskriege gegen die baltischen Staaten und die Ukraine, gegen diese jedoch insbesondere, als sie sich 2009 im Zuge der „Orangen Revolution“ dem Westen annäherte. HK

10 Der Altkanzler konnte mehr als zufrieden sein, denn er erhielt lukrative Posten bei russischen Staatskonzernen z.B. Aufsichtsratsvorsitzender bei der Nordstream 1 AG, Aufsichtsratsvorsitzender beim Energiekonzern Rosneft, später Präsident des Verwaltungsrats der Nordstream 2 AG. Allerdings wurde Schröder ein Vertrauter Putins als Geschäftsführer der Nordstream 1 AG, der ehemalige Stasi-Major Matthias Warnig (später SPD), zur Seite gestellt. Garri Kasparow in seinem Buch „Warum wir Putin stoppen müssen“ (2015, DVA) zu Gerhard Schröder: (sinngemäß zitiert): „Durch die Tätigkeit bei Gazprom ist er ein Teil von Putins Administration geworden und hat damit der Demokratiebewegung in Russland und anderswo immensen Schaden zugefügt“.

11 So gab Christoph Heusgen, der langjährige außenpolitische Berater Angela Merkels, dem Spiegel gegenüber zu verstehen, dass in seiner Zeit im Kanzleramt das Ausmaß der Gasabhängigkeit nie eine Rolle gespielt habe. Der Spiegel, Nr. 26/25.06.2022, S.13.

12 Correctiv vom 20.09.2022 in Zusammenarbeit mit dem PolicyNetwork Analytics (PNA).

russische Beziehungen bemühten und denen nicht anzusehen war, dass sie tatsächlich knallharte Konzerninteressen von Gazprom und damit des russischen Staates vertraten.... Vereine und Foren täuschten eine Fülle von engagierten Personen vor. In Wahrheit sind es immer wieder dieselben Interessenvertreter und Politiker. Die Reden sind austauschbar, immer wieder taucht dasselbe Mantra auf: Die Rohstoff-Kooperation mit Russland müsse verstärkt werden.. Das lief letztendlich auf eine offene Vereinnahmung von deutschen Spitzenpolitikern (und einer Landeschefin) hinaus. Offensichtlich verloren die politisch Verantwortlichen durch die permanenten Kontakte und Gespräche mit russischen Strategen den klaren Blick darauf, in wessen Hände sie mehr als die Hälfte unserer Gasversorgung gegeben haben.“¹³

1. **Die VNG Gas AG** (mit Sitz in Leipzig). Im Zuge der Wiedervereinigung wurde der ehemalige VEB Verbundnetz, der bereits zu DDR-Zeiten für die Verteilung und Speicherung von sowjetischem Gas zur Versorgung der ostdeutschen Stadtwerke und Industriebetrieb zuständig war, von der ENBW (Energie Baden - Württemberg AG) übernommen. Mit der VNG stehen zahlreiche, teils verwirrend ähnlich betitelte Konferenzen, Vereine und Stiftungen in Verbindung, die sich um gute Beziehungen zu Russland bemühen. Auf VNG-Veranstaltungen traten immer wieder Sigmar Gabriel (SPD) und Michael Kretschmer (CDU)¹⁴ auf, so auch auf der **Deutsch-Russischen Rohstoffkonferenz** in Nürnberg, in der Unionspolitiker wie Klaus Töpfer (CDU), Edmund Stoiber (CSU) und Markus Söder (CSU) sowie ein in Moskau ansässiger Anwalt namens Falk Tischendorf auftraten, der uns in Mecklenburg-Vorpommern wieder begegnen wird. Darüber hinaus waren Gabriel und Kretschmer häufig Gäste beim **Deutsch-Russischen Rohstoff-Forum**, das bis zur Pandemie regelmäßig Konferenzen in St. Petersburger Schlössern oder in einem Nobelhotel in Düsseldorf abhielt. Kretschmer hat sich wiederholt als Vertreter russischer Interessen geriert und sich z.B. gegen die nach der Krim-Annexion verhängten Sanktionen ausgesprochen. In einer separaten, vom VNG-Konzern mitgegründeten Stiftung wirkte auch Matthias Platzek mit, der seit 2014 Vorsitzender des **Deutsch-Russischen Forums** war. Er trat 2022 wegen des russischen Überfalls auf die Ukraine zurück. Ferner gab es eine von der **Konrad-Adenauer-Stiftung** gegründete und vom VNG - Konzern gesponserte Gesprächsrunde, das **Deutsch-russische Zukunftsforum**, in dem auch nach der Krim-Annexion noch deutsch-russische Gesprächspartner bis 2021 zusammentrafen.
2. **Das Hannoveraner Netzwerk**. Neben dem Initiator der Gasgeschäfte, Gerhard Schröder, gehört selbstverständlich Sigmar Gabriel dazu. Für die Verbindung zu russischen Interessenvertretern war Heino Wiese, Geschäftsführer des SPD-Bezirks Hannover und des Landesverbandes Niedersachsen, zuständig¹⁵. Wiese soll laut Correctiv während der Krim-Annexion 2014 als Kontaktstelle im Dreieck Schröder-Putin-Erdogan gewirkt haben.
3. **Das Netzwerk Mecklenburg-Vorpommern**. Im Jahr 2009 wurde in Wismar das Ostinstitut e.V. gegründet. Aufgabe des Instituts war laut Satzung der Austausch mit

13 Dieses scheint der Halbsatz zu sein, gegen den Sigmar Gabriel in einer Klage gegen Correctiv vorgeht. Auf die Gerichtsentscheidung bin ich gespannt. HK.

14 Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer ist eng mit der VNG verbunden. Er trat wiederholt als Anwalt russischer Interessen auf und sprach sich nach der Krim-Annexion gegen die Sanktionen des Westens aus.

15 Wiese war von 1998-2002 MdB. Seit 2006 betreibt er die Unternehmensberatung Wiese-Consulting. Später wurde Wiese russischer Honorarkonsul. In der Zwischenzeit soll er mit Kriegsbeginn vom Amt zurückgetreten sein

den Staaten des Ostseeraums. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte der Ex-Wirtschaftsministers Wolfgang Clemens, ein hochrangiger Vertreter der russischen Botschaft in Berlin und der in Moskau ansässige und bestens vernetzte Anwalt Falk Tischendorf. Kritiker werfen ihm Lobbyismus für Russlands Interessen in Deutschland vor. Umso mehr erstaunt es, dass Tischendorf zum **Russland-Beauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern** ernannt wurde und dieses Amt von 2016 bis 2022 ausgeübt hat. „**Mecklenburg-Vorpommern ein Vorposten Russlands in Deutschland?**“ fragt provokativ Correctiv, und zählt auch gleich die Veranstaltungen, Foren und Vereine auf, bei denen sich Gazprom engagiert hat. Da ist z.B. das **Usedomer Musikfestival**, eine der größten Kulturveranstaltungen des Landes, oder das **Deutsch-Russische-Forum**, der **Russlandtag**, der **Verein Deutsch-Russische- Partnerschaft**, dessen Vorsitzender der Mentor und Vorgänger im Amt der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Erwin SELLERING, war. Im Vorstand saß zeitweilig auch ein Vertreter der russischen Botschaft. Gefördert wurden auch kleinere Einrichtungen wie der Verein Pro Kunsthalle und Sportvereine. In einem Gespräch mit der »Welt« erklärte 2014 Andrey Zverev, damals Vertreter des russischen Wirtschaftsministeriums in Berlin, „die Embargos auf Bundesebene seien schädlich für die Unternehmen. Nun würden sie auf Zusammenarbeit mit den Bundesländern setzen“. Das ist offensichtlich in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen gut gelungen.

4. **Die Stiftung Klima- und Umweltschutz Mecklenburg-Vorpommern.** Im Januar 2021 beschloss der Landtag Mecklenburg-Vorpommern auf Antrag der Landesregierung im Eiltempo die Gründung der o.a. Stiftung. Ziel ist nicht allein die Förderung von Umweltprojekten, sondern auch die Fertigstellung des umstrittenen Nordstream 2 - Projekts. Mehrheitseigner waren die Nordstream 2 AG und der Gazpromkonzern, die den Großteil der Gelder für den gemeinnützigen Teil der Stiftung stellten.¹⁶ Das wahre Ziel der Stiftung dürfte allerdings darin bestanden haben, Bedenken gegen die Nordstream-Pipeline in der Bevölkerung und bei Opposition durch begleitende Maßnahmen zum Umweltschutz zu zerstreuen und die angedrohten US-Sanktionen zu vermeiden. Am 28.02.22 erklärte Manuela Schwesig, dass sie die Stiftung auflösen und die Einlagen von Nord-stream/Gazprom für humanitäre Hilfe in der Ukraine verwenden wolle. Darüber kam es zum Zerwürfnis zwischen der Landesregierung und dem Stiftungsvorsitzenden Erwin SELLERING (SPD), der sein Amt nicht aufgeben wollte. Die Stiftung besteht weiterhin, zumindest so lange, bis der am 17.06.2022 eingesetzte Untersuchungsausschuss des Landtages eine Lösung gefunden hat. Manuela Schwesig bezeichnete das Stiftungsprojekt Ende März 2022 „aus heutiger Sicht als einen Fehler“.

Es ist erstaunlich, warum Deutschlands politische Elite selbst nach der Annexion der Krim nicht erkannt hat (oder nicht erkennen wollte?), in wessen Abhängigkeit sie sich begeben hatte, obwohl die Warnzeichen nicht zu übersehen waren (siehe Fußnote 3). Auch Putins Vorgänger Jelzin hatte versucht, Russlands Interessen mit Gewalt durchzusetzen¹⁷. Putins jedoch bereits im

16 Das Land Mecklenburg-Vorpommern zahlte 200.000€, die Nordstream 2 AG 20 Mio.€ mit einer beabsichtigten Erhöhung auf 60 Mio. € ein

17 So z.B. 1900 im Transnistrienkonflikt (Republik Moldau) oder bei diversen Interventionen gegen Unabhängigkeitsbewegungen in Dagestan und Inguschetien sowie im 1. Tschetschenienkrieg (1994-1996).

2. Tschetschenienkrieg skrupellose, brutale Kriegsführung (nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch gegen die zivile Infrastruktur und gegen Zivilisten) sowie seine kontinuierliche Missachtung der UN-Charta und seine Vertragsbrüche sind bisher ohne Beispiel im Europa der Nachkriegszeit. Dass ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates¹⁸ der Uno, deren Charta es schützen und erforderlichenfalls Verstöße sanktionieren soll, mit Füßen tritt, ist geradezu absurd, da es mit seinem Veto jegliche Sanktion gegen sich, die bindenden Charakter hätte, verhindern kann. Russlands reiche natürliche Ressourcen liefern ihm die Mittel für seine Kriege, und seine ökonomische Unabhängigkeit gestattet es ihm, Energieblockaden als Waffe einzusetzen. Für Deutschland wäre 2014 der richtige Zeitpunkt gewesen, die bisher hinausgezögerte Klimawende sofort und konsequent voranzutreiben, neue Wege zur schrittweisen Reform der Energieversorgung des Landes einzuschlagen sowie die Reorganisation der Bundeswehr in Ruhe und ohne den Druck eines Krieges umzusetzen. Nichts davon ist geschehen.

Aufarbeitung?

Unter den (Ex-) Spitzenpolitikern der SPD hat Klaus von Dohnany als Erster sofort nach dem 24.02.2022 eingeräumt, dass seine Einschätzung von Putins Politik falsch gewesen sei. Das hat mir imponiert. Später hat auch Frank Walter Steinmeier eingeräumt, dass seine Ostpolitik gescheitert ist, auch Sigmar Gabriel hat nach einiger Zeit zu erkennen gegeben, dass sinngemäß zitiert, „Fehler passiert seien“. Gerhard Schröders Einlassungen setze ich als bekannt voraus, wenigstens hat er Ende des letzten Jahres seine russischen Staatsposten aufgegeben. Michael Roth hat in einem Interview mit der »SZ« geäußert, dass „die Verständigung mit Russland jahrelang zulasten der Staaten des östlichen Europas erfolgt ist, denen „faktisch die Souveränität abgesprochen worden sei, um Frieden und Verständigung mit Russland zu erreichen“. Recht hat er!

Die SPD als Partei hat es bisher noch nicht geschafft, ihren „Russland-Komplex“¹⁹ aufzuarbeiten, und Angela Merkel hat in einem Spiegel-Interview erklärt „dass sie sich „keiner Schuld bewusst“ sei, während man in der CDU/CSU bis heute so tut, als hätte man mit dem Problem nichts zu tun.

Es heißt, dass sich die Geschichte nicht wiederholt, man aber aus ihr lernen kann. Und das geht nur, indem man die eigene Geschichte schonungslos aufarbeitet.

Horst Küsters
Köln, im Januar 2023

¹⁸ Während andere UN-Organen unmittelbar nur Empfehlungen abgeben können, kann der Sicherheitsrat nach den Bestimmungen des Kapitels VII der Charta Entscheidungen mit Bindungswirkung für die Mitgliedsstaaten treffen, z.B. „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“.

¹⁹ Siehe dazu die Rezension über Gert Koenen „Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945“, SEHEPUNKTE 7. Ausgabe August 2007 und Deutschlandfunk, 02.01.2006, Interview Robert Braag/Gert Koenen, in dem Bezüge zur Zeit bis 1945 zur Sprache kommen. Siehe: <https://www.deutschlandfunk.de/gerd-koenen-der-russland-komplex-die-deutschen-und-der-100.html>.